



Nationalrat: SVP und FDP möchten ihre Mehrheit im Nationalrat nutzen, um tiefere Unternehmenssteuern durchzusetzen und die AHV zu sanieren.

Gefährlicher Übermut

Parlament Nach den Wahlen wollen die Rechtsbürgerlichen durchstarten – mit einer Agenda, die beträchtliche Risiken aufweist.

SIMON SCHMID UND DAVID VONPLON

Es herrscht Aufbruchstimmung im rechtsbürgerlichen Lager. SVP und FDP wollen den Machtgewinn nach den Wahlen nutzen, um in den kommenden vier Jahren eine unternehmensfreundliche Politik durchzusetzen. Auf die gestärkte Rechtskoalition warten jedoch viele Fallgruben.

Beispiel Altersvorsorge: Hier wollen SVP und FDP den ausgehandelten Kompromiss kippen. «Die Vorlage des Ständerats ist verantwortungslos», sagt SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. Als störend wird die geplante Erhöhung der AHV-Renten empfunden – und auch der zusätzliche Lohnabzug von 0,3 Prozent zur Sicherung des Sozialwerks, wie FDP-Nationalrat Ignazio Cassis sagt. «Positiv ist neben der Flexibilisierung und Angleichung des Rentenalters auf 65 Jahre eigentlich nur, dass der Umwandlungssatz bei der beruflichen Vorsorge von 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt wird.»

Ziehen die Rechtsbürgerlichen ihr Programm durch, so geht der Block auf Konfrontationskurs zur Linken – und vielleicht auch zum Stimmvolk. Jedenfalls sieht das SP-Ständerätin Pascale Bruderer so: «Ein Leistungsabbau wäre an der Urne nicht mehrheitsfähig.»

Wegen der vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung muss die Altersreform so oder so vors Volk – unabhängig davon, ob die Linke das Paket mitträgt. Die wuchtige Ablehnung einer ähnlichen Reform im Jahr 2010 (damals stand eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,4 Prozent zur Disposition), müsste eigentlich zur Vorsicht gemahnen. Zumal Kürzungen der zweiten Säule auch bei Teilen der SVP-Basis zu spüren wären.

Doch die Wahlsieger schlagen die Warnung in den Wind. «Die UBS-Krise und das Abzockerthema dominierten damals die Diskussion», sagt FDP-Mann Cassis. «Inzwischen spüren die Leute, dass die Wirtschaft nicht mehr auf Volldampf läuft. Sie sehen ein, dass man Pensionen nicht mit der Kreditkarte der Kinder zahlen darf.»

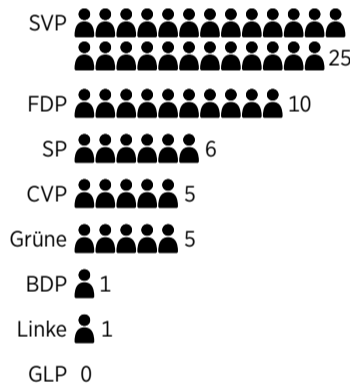
Referendumsdrohung der Linken

Turbulenzen drohen auch in einem weiteren Dossier: Der Unternehmenssteuerreform III (USR III). FDP und SVP wollen diese wirtschaftsfreundlicher ausgestalten. Massnahmen zur Entlastung von Unternehmen, die der Bundesrat wegen der starken Haushaltsbelastung abgelehnt hatte, sollen wieder ins Reformpaket hinein: So etwa die zinsbereinigte Gewinnsteuer.

Auch hier droht das Referendum der Linken und schliesslich das Nein

25 neue Nationalräte hat die SVP.

So viele Neumitglieder stellen die Parteien im Nationalrat



Durchschnittsalter der Gewählten
2011: 49,3 2015: 50,3

Anzahl Frauen im Parlament
2011: 62 2015: 64

Parlamentarier unter 30 Jahren
2011: 8 2015: 4

Parlamentarier über 60 Jahren
2011: 28 2015: 40

QUELLE: SDA, SMARTVOTE

an der Urne. «Falls das rechtsbürgerliche Lager dem Volk wirklich 1,3 Milliarden Franken an Steuerausfällen zumuten will, wird es die USR an der Urne noch schwerer haben als die Rentenreform», erklärt eine selbstbewusste SP-Ständerätin Anita Fetz.

Komfortabler sieht die Ausgangslage für SVP und FDP bei den Finanzthemen aus. Hier sind die wichtigsten Vorlagen (zu den Finanzmarktgesetzen und zum Informationsaustausch mit dem Ausland) aufgegleist, geringfügige Anpassungen im Sinn der Industrie bleiben möglich. Die Diskussion ums Bankgeheimnis im Inland dürfte mit der Matter-Initiative ohnehin vom Volk entschieden werden.

Auch eine Drosselung des allgemeinen Ausgabenwachstums scheint möglich. Finanzpolitiker von SVP und FDP wollen dazu in den nächsten Wochen Gespräche führen, wie SVP-Mann Aeschi erklärt. Anders als im Frühjahr soll der bürgerliche Schulterschluss diesmal klappen: Als Messlatte gilt dabei das frühere Sparziel, das beim Bund Einsparungen über 3 Milliarden Franken bedeuten würde.

Verwässern wollen die Rechtsbürgerlichen auch die Energiestrategie 2050. Und das, obwohl der Ständerat bei der Energiewende bereits stark auf die Bremse trat. Von der FDP kommt nun die Forderung, die Abgabe zur

Förderung der erneuerbaren Energien für Stromkunden zurückzuführen: Ein Begehren, das bei der SVP – wie auch bei Economiesuisse – auf Gegenliebe stösst. Der Wirtschaftsverband will der Vorlage gleich ganz den Stecker ziehen: «Je nach Debattenverlauf prüfen wir, ob wir eine Ablehnung der Energiestrategie in der Schlussabstimmung erreichen können», sagt der Energieverantwortliche Kurt Lanz.

Auch hier gilt allerdings: Je radikaler FDP und SVP die Energiestrategie zusammenstreichen, desto mehr steigen die Erfolgchancen der Atomausstieginitiative der Grünen.

Brüchige Rechtskoalition

Die Wahlen am 18. Oktober haben FDP und SVP zusätzliches politisches Kapital beschert. Was stellen die Wahlgewinner damit an? «Bereits in der bürgerlich dominierten Legislatur 2003–2007 wurden Steuerpakete überladen, man packte zu viel in die AHV-Reform», mahnt SP-Frau Fetz.

Gerade dem Freisinn könnten die Sozialdemokraten in den kommenden vier Jahren auf der Nase herumtanzen. Denn die Rechtskoalition ist in der wichtigen Europafrage brüchig: Die FDP braucht die Linke, um die bilateralen Verträge im sich abzeichnenden Showdown mit der SVP-Masseneinwanderungsinitiative zu verteidigen.

► UMFRAGE SO STEHEN DIE FRISCH GEBACKENEN NATIONALRÄTE ZU WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN FRAGEN

RENTENALTER Soll das Rentenalter für Männer und Frauen auf 67 Jahre steigen?

N Neugewählte **B** Bisherige



► Arbeitstätige sollen später in Rente gehen: Dieser Ansicht wird das Parlament künftig mehr Sympathie entgegenbringen als bisher. Anders als die Bisherigen stehen die Neugewählten dem Rentenalter 67 mehrheitlich positiv gegenüber. Unter dem Strich stehen neu mehr Ja- als Nein-Antworten.

BERUFLICHE VORSORGE Soll der BVG-Umwandlungssatz von 6,8% auf 6,0% sinken?

NB Neugewählte **B** Bisherige



► Die Neugewählten ticken hier ähnlich wie die bisherigen Parlamentarier. Beide Gruppen halten eine Anpassung des BVG-Rentenparameters, der sich als Folge der gestiegenen Lebenserwartung aufdrängt, für gerechtfertigt. Insgesamt sagen 70 Prozent aller Parlamentarier Ja oder eher Ja zur Massnahme.

VATERSCHAFTSURLAUB Braucht es einen mehrwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub?

N Neugewählte **B** Bisherige



► Mütter erhalten 14 Wochen bezahlten Urlaub – Väter bekommen bei der Kindsgeburt meist nur einige Tage frei. Daran dürfte sich so schnell nichts ändern. Die neu gewählten Nationalräte stehen dem bezahlten Vaterschaftsurlaub kritisch gegenüber. Insgesamt stimmen nur 43 Prozent der Parlamentarier zu.

SPITALKOSTEN Sollen vermehrt Spitäler schliessen, um Gesundheitskosten zu sparen?

B Neugewählte **N** Bisherige



► Die Gesundheitskosten steigen Jahr für Jahr. Eine kostensparende Massnahme ist, den Leistungsumfang von Spitälern zu reduzieren. Unter den neuen Nationalräten geniesst sie höhere Zustimmung als unter den bisherigen. Über alle Ratsmitglieder hinweg liegt die Zustimmung nun bei 57 Prozent.

UNTERNEHMENSSTEUERN Soll der Staat bei der Unternehmenssteuerreform III Steuereinnahmen in Kauf nehmen?



► Die Unternehmenssteuerreform III geniesst im neuen Parlament mehr Rückhalt. Die neu gewählten Parlamentarier sind eher gewillt, die erwarteten Steuerausfälle bei Unternehmen zu schlucken. In der Gesamtzusammensetzung des künftigen Nationalrats sagen drei Viertel Ja oder eher Ja zur Reform.

BANKGHEIMNIS Soll das Bankgeheimnis gegenüber Steuerbehörden im Inland aufgehoben werden?



► Den Datenfluss vom Bankkonto zum Steueramt automatisieren: Dazu sagen die neu gewählten Nationalräte eher Nein als die bisherigen. Im neuen Parlament werden die Bankgeheimnis-Gegner einen schweren Stand haben. Nur 32 Prozent der Parlamentarier halten eine Abschaffung für angezeigt.

ENERGIEWENDE Soll die Schweiz bis 2029 aus der Atomenergie aussteigen?



► Der Fukushima-Effekt ist abgeflaut. Das zeigt sich in den Präferenzen der frischgebackenen Nationalräte. Sie halten eine Abschaltung der Schweizer AKW für weniger dringlich als die Bisherigen. Unter dem Strich sagt bloss jedes dritte Mitglied im neuen Rat Ja oder eher Ja zu einem fixen Ausstieg bis 2029.

EUROPA Hat die Masseneinwanderungsinitiative Priorität gegenüber den bilateralen Verträgen?



► Die Neuen sind europakritischer als die Bisherigen. Sie halten die bilateralen Verträge für weniger wichtig. Im Kontrast zur Meinung der Neuen steht allerdings die Gesamtheit: 64 Prozent aller Nationalräte plädieren nach wie vor für eine massvolle Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

DIE ANTWORTEN DER PARLAMENTARIER WURDEN WIE FOLGT GEWICHTET: JA = 100, EHER JA = 75, KEINE ANTWORT = 50, EHER NEIN = 25, NEIN = 0. FEHLENDE ANGABEN WURDEN MIT DEM MITTELWERT DER JEWELIGEN PARTEI ERSETZT. INSGESAMT WURDEN 53 VON 200 NATIONALRATSSITZEN NEU BESETZT. 25 DER 53 NEULINGEN GEHÖREN DER SVP AN.

QUELLE: SMARTVOTE